

NIEDERSCHRIFT

<u>über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung</u> <u>der Universitätsstadt Marburg</u> <u>am Freitag, 25. Mai 2012, 16:00 Uhr,</u> im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Backes, Böttcher, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier,

Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink,

Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk

CDU: Brunnet, Heck, Jannasch, Kissel, Muth, Pfalz, Range, Röhrkohl,

Schaffner, Scherer, Stompfe, Stötzel, Vaupel

GRÜNE: Busch, Flohrschütz, Göttling, Messik, Neuwohner, Nezi,

Dr. Perabo, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz

Marburger Linke: Adsan, Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske

FDP: Sawalies, Wüst

MBL: Becker, Dr. Uchtmann Suntheim-Pichler

PIRATEN Klee

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel Bürgermeister Dr. Kahle Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Hertlein Stadträtin Laßmann Stadträtin Oppermann Stadtrat Reinhard Stadträtin Schulze-Stampe Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Stadtverordnete Dr. Seemann, Simon, (SPD), Kaufmann, (CDU), Dr. Baumann, Dorn, (B90/Die Grünen), Ehrenamtliche Stadträte Biver, Rehlich, Sprywald.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:10 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27. April 2012 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche aus dem Hause werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen dringliche Anträge vor.

1. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Marktfrühschoppen VO/1286/2012

Die Dringlichkeit wird begründet durch den Stadtverordneten Stötzel (CDU). Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Sollwedel (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Fraktionen von CDU, FDP, MBL, BfM und Piraten Partei die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3-Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Der Antrag kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Die CDU-Fraktion reicht den Antrag in die Ausschussberatung ein. Er wird im Haupt- und Finanzausschuss beraten.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlicher Antrag der Fraktionen MBL, CDU, FDP, ML, Piraten und BfM betr. Rüge und Abrufung des Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses VO/1288/2012

Die Dringlichkeit wird begründet durch den Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL). Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Rink (SPD).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die antragstellenden Fraktionen

die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3-Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Der Antrag kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen. Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Die antragstellenden Fraktionen reichen den Antrag in die Ausschussberatung ein. Er soll im Bau- und Planungsausschuss beraten werden.

3. Dringlicher Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Wegfall von Landeszuschüssen für das Projekt "STOP" VO/1289/2012

Die Stadtverordnete Wölk begründet die Dringlichkeit dieser Vorlage zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit wird nicht gesprochen. Es wird vereinbart, den Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher wird den Antrag unter **TOP 11** aufrufen.

Auch dieser Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt einen Überblick über die Tagesordnung, die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen und Aussprachen.

Somit gilt die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 4 Fragestunde

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Andrea Suntheim-Pichler (Nr. 1 05/2012)

Vorlage: VO/1306/2012

Ist dem Magistrat bekannt, dass auch der Landkreis Marburg-Biedenkopf Prüfgebiet für die Möglichkeit der Erdgasgewinnung mittels des sogenannten Fracking-Verfahrens (Einbringung von Chemikalien unterhalb der Grundwassergrenze zur Freisetzung von Erdgas) ist? Wenn ja, wird sich die Stadt Marburg als von den Auswirkungen eventuell negativ betroffene Kommune hier klar gegen ein solches Verfahren positionieren?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Bereits die Frackingaktivitäten in anderen Bundesländern wurden von den Stadtwerken Marburg mit Interesse betrachtet und kritisch verfolgt. Den neuerlichen Bemühungen von Erkundungen für die unkonventionelle Erdgasförderung durch Fracking in Hessen und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf treten wir mit Nachdruck entgegen und beziehen eine eindeutige Position:

Die großen Wassergewinnungsanlagen in Hessen befinden sich überwiegend im

Festgestein des Buntsandstein oder des Basalt. Das durch Erdbewegungen der vergangenen Jahrmillionen entstandene Kluftsystem ist stellenweise Kilometer lang und wird nicht immer durch die Wasserschutzgebiete sicher abgedeckt. Altersbestimmungen des Grundwassers in Marburg belegen, dass ein großer Teil des Wassers vor über 50 Jahren als Niederschlag auf die Erde fiel. Anthropogene Stoffe wie Pflanzenbehandlungsmittel haben Grenzwerte die bei 0,1 ug/Liter liegen. Das bedeutet, dass mit 1 Liter eines menschgemachten Stoffes

10 Millionen m³ Wasser verschmutzt werden können. Das ist die Trinkwassermenge, die in Marburg in zwei Jahren benötigt wird.

Sollten Chemikalien, die bei dem Fracking eingesetzt werden, in dieses gut geschützte Grundwasser eindringen, könnte dieses Wasser damit dauerhaft beeinträchtigt werden.

Unsere Forderungen lauten daher:

- Keine Fracking-Erkundungsbohrungen, auch nicht außerhalb der Wasserschutzgebiete in Hessen.
- Grundlegende Anpassung des überalterten Bundesbergrechtes, damit die Bürgerinnen, Bürger und Kommunen ein Mitspracherecht bekommen.

Anmerkung:

Erklärung des Deutschen Bundestages im Jahre 2001:

"Wasser ist eine elementare natürliche Ressource und eine unverzichtbare Lebensgrundlage.......Wasser ist kein handelbares Wirtschaftsgut wie jedes andere, sondern vielmehr ein Erbe, das eine nachhaltige, d.h. sparsame, pflegliche und vorsorgende Bewirtschaftung auch im Interesse nachfolgender Generationen verlangt."

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 2 05/2012)

Vorlage: VO/1307/2012

Kann der Magistrat die Einrichtung eines Schülertickets befürworten, das dem Studententicket nahe kommt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die aktuelle Jahreskarte für Schüler (CleverCard) ist gegenüber den normalen Zeitkarten bereits erheblich rabattiert und **beinhaltet bereits die verbundweite Nutzung in den Schulferien**. Fahrkarten für Schüler und Auszubildende werden für die Fahrt vom Wohn- zum Schulort rabattiert.

Die für einen Ausgleich ursprünglich gewährten Ausgleichszahlungen wurden auf Basis des Jahres 2002 pauschaliert und sind bereits heute nicht auskömmlich. Würde eine grundsätzlich gültige verbundweite Nutzung eingeführt, müssten die Preise, auch wegen der erforderlichen Einnahmeaufteilungsrechnung zwischen den befördernden Unternehmen/Gebietskörperschaften, stark erhöht werden.

SWMC spricht sich gegen eine verbundweite Lösung aus, da CleverCards im Wesentlichen dem Zweck der Schülerbeförderung dienen. Für Anschlussfahrten über die Fahrkartenrelation hinaus, gibt es im Sortiment des RMV sogenannte Anschlussfahrkarten.

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 3 05/2012) Vorlage: VO/1308/2012

Das Jugendamt ist wieder in die Friedrichstraße 36 zurückgekehrt und hat das Gebäude "Am Plan 3", das als Übergangslösung angekauft wurde, geräumt.

Wie sieht der Magistrat die Zukunft dieser Liegenschaft, die derzeit nicht genutzt wird?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Gebäude ist zunächst für weitere Zwischennutzungen vorgesehen bevor eine Entscheidung über eine langfristige Verwendung getroffen wird.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 4 05/2012) Vorlage: VO/1309/2012

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, ob der Marburger Tierfriedhof angenommen wird und wie die Modalitäten für die Nutzung sind? Wo sind selbige veröffentlicht oder bekanntgegeben?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Betreiber für den Marburger Tierfriedhof ist Praxis GmbH, Gisselberger Straße 33, 35037 Marburg. Folgende Informationen wurden von dort an uns weitergegeben.

Der Marburger Tierfriedhof wird angenommen. Bisher wurden 16 Hunde und Katzen und 2 Kleintiere begraben (Stand 07.05.2012).

Die Modalitäten für die Nutzung sind in einem Flyer (siehe Anlage) veröffentlicht. Dieser liegt in Tierarztpraxen und im Stadtbüro aus. Ebenfalls ist eine Internetpräsenz unter www.tierfriedhof-marburg.de / http://www.tierfriedhof-marburg.de > gegeben.

Die Nutzungsmodalitäten hängen am Eingangstor zum Marburger Tierfriedhof am oberen Rotenberg aus. Ein weiterer Schaukasten ist geplant.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch Bürgermeister Dr. Kahle und Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 5 05/2012) Vorlage: VO/1310/2012

Kann der Magistrat dafür Sorge tragen, dass der Platz am Bismarck-Turm und die Bismarckpromenade in Richtung Richtstätte mit Hundekotbeutelspendern ausgestattet werden?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Magistrat hat den DBM gebeten, nach Vor-Ort-Abstimmung u.a. auch mit Vertretern der Hansenhausgemeinde entsprechende Standorte abzustimmen und die Hundekotbeutelspender anzubringen.

Dabei soll auch darauf geachtet werden, entsprechende Papierkörbe anzubringen. Dies steigert die Akzeptanz der Hundekotbeutelspender.

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 6 05/2012) Vorlage: VO/1311/2012

Die Bewohner/innen der Oberstadt stehen häufig vor der Schwierigkeit, ihre Mülltonnen auf ihren Grundstücken unterzubringen, weil oftmals die Grundstücke exakt der Grundfläche der Gebäude entsprechen und es in den Hausfluren aus Platzgründen ausgeschlossen ist, die Mülltonnen zu lagern. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, diesem Problem abzuhelfen, welche Lösungen wurden bislang verwirklicht und hat der Magistrat die Möglichkeit geprüft, ob EU-Mittel zur Verschönerung von Stadtkernen für diesen Zweck beantragt werden können?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die gestalterischen Beeinträchtigungen durch herumstehende Müllbehälter sind dem Stadtbild durchaus nicht zuträglich. Vielfach ist bei kleinen Gebäuden wenig oder kein Abstellbereich im Hausflur oder Keller verfügbar, insbesondere bei Gebäuden, die typischerweise schmale Erschließungen oder steile Abgänge in Gewölbekeller o. ä. aufweisen. Gleichwohl ist auch die Bequemlichkeit vieler Anwohner bei gleichzeitiger Gedankenlosigkeit für die störende Wirkung auf den öffentlichen Raum ein nicht unwichtiger Faktor.

Hinzu kam in der Vergangenheit die Zunahme an Mülltonnen durch die getrennte Abfallsammlung, zudem noch in größeren Behältnissen, die auch bei gut gewillten Bewohnern keine andere Möglichkeit als die Positionierung im Straßenraum zuließ.

Dennoch gibt es gute Beispiele für die Integration ins Straßenbild, z. B. vor dem

Gebäude Nikolaistraße 8.

Gestalterisch unproblematisch, wenngleich kostspielig, sind unterirdische Sammelsysteme, z. B. an der Barfüßerstraße vor dem Institut für Sportwissenschaften (Alte Reithalle).

Ein Testversuch für kleinere Anlagen findet derzeit in der oberen Kugelgasse mit hölzernen Einstellboxen statt, diese müssen allerdings hinsichtlich ihrer Gestaltung noch denkmalverträglicher werden. Zusammen mit der Straßenverkehrsbehörde soll in den nächsten Wochen geprüft werden, welche Einzel- und Sammelstandorte in der Altstadt denkbar wären. Dennoch kann der Standort "öffentliche Verkehrsfläche" nur von nachrangiger Bedeutung sein, es müssen auch Eigentümer und Mieter angesprochen werden, ihre eigenen Abstellräume nachzuweisen und zu nutzen. Bei der Altstadtsanierung wurde bei Zustandekommen eines Modernisierungsvertrags im Allgemeinen auch der bauliche Nachweis zur Unterbringung von Müllelementen eingefordert, daher sollte diese Fläche hierfür vorrangig Verwendung finden.

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Gerald Weidemann (Nr. 7 05/2012)

Vorlage: VO/1312/2012

Wie ist der aktuelle Stand der Pläne zur Verkürzung der Ausbildungszeit zur Erzieherin / zum Erzieher bzw. liegt dem Magistrat bereits eine Antwort der Ministerien vor?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Eine Antwort des Hessischen Sozialministers, Herrn Grüttner, liegt vor. In diesem Schreiben wird ausführlich auf die Ausbildungszeiten der Erzieherinnen und Erzieher eingegangen und dass sowohl im Ausschuss für Soziales und Integration des Hessischen Städtetages als auch in der AG der Personalamtsleiter im Hessischen Städtetag angeregt wird, die Ausbildungszeiten zu verkürzen mit der Begründung, dass die lange Ausbildungszeit viele Interessentinnen und Interessenten abschrecken würden, diesen Beruf zu ergreifen.

Die Bologna-Reform wird als Begründung für die Verkürzung der Ausbildungszeit angeführt. Mit dieser Reform ist eine Verkürzung der Studiengänge im Bereich soziale Arbeit verbunden. Von daher sei es angezeigt, die Ausbildung für die Erzieherinnen und Erzieher ebenfalls dem anzugleichen. Das heißt, dass mit der zwischenzeitlich stattgefundenen Umsetzung dieses Qualifikationsrahmens der Studiengänge im Bereich soziale Arbeit ein 12-monatiges Berufspraktikum im Kontext der fachschulischen Qualifikation für Erzieherinnen und Erzieher nicht weiter vertretbar sei.

Hieraus wird gefolgert, dass eine Verkürzung ohne Qualitätsverlust gesichert sei.

In diesem Schreiben wurde auch auf das Positionspapier der Fachschulen Bezug genommen, die eine Verbindung zwischen der Verkürzung des Berufspraktikums und des bestehenden Fachkräftemangels gesehen haben.

Dieser Zusammenhang wird seitens des Sozialministers nicht gesehen.

Das Antwortschreiben des Hessischen Sozialministers kann dahingehend verstanden werden, dass die Zielsetzung der Verkürzung des Berufspraktikums weiterhin aufrecht erhalten wird.

Zwischenzeitlich fand eine Beiratssitzung der Käthe-Kollwitz-Schule statt, in der mitgeteilt wurde, dass die hessischen Fachschulen ebenfalls ein Antwortschreiben seitens des Sozialministers, Herrn Grüttner, erhalten haben. Auf der Beiratssitzung wurden dann weitere Schritte des Protestes besprochen. Zum einen wird es eine Vollversammlung für die Studierenden der Fachschule geben mit dem Ziel, dass die angehenden Erzieherinnen und Erzieher ebenfalls eine Stellungnahme erarbeiten und mit ihren Unterschriften diese an die Ministerien zu senden und zum anderen wird seitens der Käthe-Kollwitz-Schule ein Faltblatt erarbeitet, in dem die Tageseinrichtungen und das dort tätige Personal und die Eltern aufgefordert werden, mit ihren Unterschriften die Ablehnung der Verkürzung des Berufspraktikums zu dokumentieren.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Becker (MBL) und Weidemann (SPD) werden ebenfalls durch Bürgermeister Dr. Kahle und Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 8 05/2012)

Vorlage: VO/1313/2012

Kann der Magistrat Auskunft geben, welche Maßnahmen unternommen wurden, um den Leerstand von ca. 10 Läden zwischen Wasserscheide und Elisabethkirche zu beenden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Leerstehende Läden in der Oberstadt und dort vor allem zwischen Wasserscheide und Elisabethkirche haben vielerlei Ursachen. Insbesondere sind zu nennen:

- die kleinteilige Struktur mit Ladenflächen, die betriebswirtschaftlich oft nicht auskömmlich sind.
- der in einigen Gebäuden baulich und technisch nicht optimale Zustand der Läden, denn nicht alle Gebäude wurden von ihren Eigentümern saniert,
- noch immer überzogene Mietvorstellungen der zum Teil auswärtigen Eigentümer bzw. Eigentümergemeinschaften,
- die kaum beeinflussbare Hauptlaufrichtung der Passanten, die aus dem Parkhaus Pilgrimstein oben heraustretend sich bevorzugt nach links in Richtung Wettergasse wenden.

Im Rahmen des Gewerbeimmobilienportals auf der Homepage der Universitätsstadt Marburg besteht für Hauseigentümer als auch für Makler das Angebot kostenfrei leerstehende Handelsflächen einzustellen. Davon wird trotz intensiver Bewerbung dieser Möglichkeit nicht häufig genug Gebrauch gemacht. Ein Projekt leerstehende Läden bzw. Schaufenster temporär als Ausstellungsfläche für heimische Künstler zu nutzen, ist leider am Desinteresse der Gebäudeeigentümer gescheitert. Auch mittels des in Vorbereitung befindlichen Stadtmarketingkonzeptes wird weiter versucht werden, Ladenleerstände zu reduzieren. Es gehört aber auch zur Wahrheit, dass die benannten ursächlichen Fakten und damit der Ladenleerstand nicht direkt und kurzfristig durch Maßnahmen der Stadt beeinflusst werden können.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 9 05/2012) Vorlage: VO/1314/2012

Die Deutsche Vermögensberatung (DVAG) hat nach eigenen Angaben 2011 das beste Ergebnis in der 37-jährigen Firmengeschichte erzielen können. Die Umsatzerlöse konnten um 4,3 Prozent auf 1,111,1 Millionen Euro und der Jahresüberschuss um 14 Prozent auf 171,1 Millionen Euro gesteigert werden. Wie bewertet der Magistrat dieses Ergebnis hinsichtlich der zu erwartenden Gewerbesteuereinnahmen sowie möglicher Spenden des Firmengründers an die Stadt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung unternehmen bekanntlich traditionell erhebliche Anstrengungen, um in Marburg ein positives Investitions-, Wirtschafts- und Wohnumfeld zu schaffen. Der Kämmerer weist in jeder Haushaltsrede darauf hin.

Deshalb freut es den Magistrat grundsätzlich immer, wenn Unternehmen eine positive Entwicklung zeigen. Es freut den Magistrat auch deshalb, wie sich das tendenziell auch in einer positiven Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens niederschlägt.

Einen direkt bezifferbaren Zusammenhang zwischen Unternehmensgewinn und Gewerbesteuer gibt es allerdings nicht: Der Unternehmensgewinn aus der Gewinn- und Verlustrechnung eines Unternehmens ist etwas anderes als der vom Finanzamt zu ermittelnde Gewerbeertrag nach dem Gewerbesteuergesetz.

Der in der Fragestellung schließlich unterstellte Zusammenhang zwischen Umsatzerlösen bzw. Jahresüberschuss eines Unternehmens und Spenden durch den Firmengründer erschließt sich dem Magistrat nicht. Der Magistrat ist auch nicht willens, darüber zu spekulieren.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Hussein (SPD) und Köster (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 10

05/2012)

Vorlage: VO/1315/2012

In der Zeitschrift "Wir tun was" der Marburger SPD vom September 2011 heißt es zum Thema Mindestlohn: "Die Fraktion hat auf einer Klausur aber bereits diskutiert, ob auf Basis dieser Forderung ausgelagerte Arbeitskräfte zur Stadt Marburg zurückgeholt werden sollten. Die Möglichkeiten werden zu prüfen sein." Sind dem Magistrat die Überlegungen der SPD-Fraktion bekannt und werden diese, etwa für die ausgegliederte Gesellschaft "Marburger Service GmbH", aufgegriffen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Dem Magistrat sind grundsätzlich die von den örtlichen Parteien und Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung öffentlich geäußerten Meinungen und Überlegungen bekannt.

Soweit der Fragesteller sich hinsichtlich der Überlegung einer "Rückholung ausgelagerter Arbeitskräfte zur Stadt Marburg" auf die Marburger Service GmbH bezieht, so muss darauf hingewiesen werden, dass die Marburger Service GmbH keine Auslagerung der Universitätsstadt Marburg ist, sondern vielmehr bei der seinerzeitigen Umstrukturierung der Stiftung St. Jakob GmbH neben der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH neu gegründet wurde.

Im Übrigen wurde die hinter der Fragestellung stehende Thematik "Mindestlohn bei der Stadt und den städtischen Tochtergesellschaften" bereits ausführlich im Rahmen eines Antrags der Fraktion Marburger Linke behandelt, der im Januar d.J. von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt wurde.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister und Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 11 05/2012)

Vorlage: VO/1316/2012

Wie ist der Sachstand Sanierung VfB?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In vorgenannter Angelegenheit gibt es derzeit keine neuen Erkenntnisse.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 12 05/2012)

Wie ist der Sachstand Werkfeuerwehr UKGM?

Vorlage: VO/1317/2012

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Durch den erneuten Vorstandswechsel im UKGM hat sich der Beginn der Werkfeuerwehrstrukturierung verschoben.

Die Leitungsfunktion ist in der örtlichen Presse und im Fachmagazin Brandschutz ausgeschrieben worden. Die Forderung des Regierungspräsidenten in Gießen zum Aufbau einer Werkfeuerwehr besteht unverändert.

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 13 05/2012)

Vorlage: VO/1318/2012

Plant der Magistrat ein von der DVAG betriebenes Flusskraftwerk am Afföller und sind ihm Bestrebungen der DVAG bekannt, Zugriff auf die Wasserrechte der Elisabethmühle zu bekommen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Vorbemerkung:

Bisher wird die Wasserkraft der Lahn in Marburg an drei Stellen für die Stromgewinnung genutzt:

In Wehrda durch die Stadtwerke, am Afföller Wehr durch Herrn Lotz (Elisabethmühle) und an der Steinmühle (Betreiber Burmann).

Die Wasserkraftnutzung an diesen Standorten ist jeweils nicht optimal.

Weder wird die jeweils erzielbare Leistung erzielt noch entsprechen die Anlagen dem heutigen Stand einer fisch- und gewässerverträglichen Anlage. In 2013 wollen die Stadtwerke nach inzwischen erfolgter vorbereitender gemeinsamer Planung durch die Stadt Marburg eine kleine Wasserkraftanlage am Mühlgraben im Südviertel errichten.

Zur Fragestellung:

Die Stadt Marburg hat bei einem Ingenieurbüro ein Gutachten zum möglichen Ausbau der Wasserkraftnutzung in Auftrag gegeben. Das Büro kommt zum Ergebnis, dass am Standort Afföller und am Standort Grüner Wehr nutzbare Potentiale bestehen.

Eine eingehendere Untersuchung zum Standort Afföller Wehr kommt zum Ergebnis, dass dort der Neubau einer fisch- und gewässerverträglichen Wasserkraftanlage möglich ist. Zur besseren Ausnutzung der Potentiale wäre es erfreulich, wenn von Seiten des Betreibers Lotz die bestehende Wasserkraftanlage ausgebaut und auf einen heutigen Stand des Fisch- und Gewässerschutzes gebracht würde. Leider sind diesbezügliche Verhandlungen mit dem Betreiber in der Vergangenheit und auch jüngst wieder erfolglos geblieben.

In diesem Zusammenhang ist die Stadt Marburg an den Betreiber herangetreten um zu klären, ob er die seit langem nicht genutzten Wasserrechte für den Neubau einer Anlage zur Verfügung stellen würde. Dies möchte er nicht.

Stand der Planung ist, dass das Vorhaben dem RP Gießen als Obere Wasserbehörde vorgestellt worden ist. Da sich der Neubau einer Wasserkraftanlage an dieser Stelle nur schwer wirtschaftlich darstellen lässt,

werden wir nun versuchen, einen Investor für eine solche, kurzfristig nicht rentable, aber ökologisch sehr sinnvolle Form der Energieerzeugung zu gewinnen. Anders als die bestehenden Anlagen in Marburg könnten hier Fischund Gewässerschutz auf dem Stand der Technik betrieben werden. Als Betreiber kämen grundsätzlich die Stadtwerke Marburg, aber auch private Dritte in Betracht, z. B. eine Stiftung. Das Wassermanagement für die sensiblen Mühlgräben würde auf jeden Fall bei der Stadt Marburg verbleiben. Im Zuge des wasserrechtlichen Verfahrens sind die bestehenden Rechte und Verpflichtungen sowie die wasserwirtschaftlichen und naturschutzfachlichen Anforderungen zu berücksichtigen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) und Becker (MBL) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 14 05/2012)

Vorlage: VO/1319/2012

Haben die blauen Reflektoren an den Verkehrsleitpfosten an der L3092 und der ehemaligen K79 (zwischen Michelbach und Marbach die Strecke) die Zahl der Wildunfälle vermindert?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Alle polizeilich gemeldeten Unfälle werden bei dem regionalen Verkehrsdienst registriert. Nach Eingang der Stellungnahme der Polizei wird der Fragesteller schriftlich informiert.

Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 15 bis Nr. 35 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

zu 10 Bauliche Erweiterung und Umstrukturierung des Erwin-Piscator-Hauses

Vorlage: VO/1163/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Auch der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter

Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung mit Aussprache.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Beratung. Es sprechen Oberbürgermeister Vaupel, die Stadtverordneten Stompfe (CDU), Weidemann (SPD), Köster (Marburger Linke), Schalauske (Marburger Linke), Pfalz (CDU), Seitz (Bündnis 90/Die Grünen), Köster (Marburger Linke), Jannasch (CDU), Rink (SPD), Becker (MBL), Weidemann (SPD), Wüst (FDP), Bürgermeister Dr. Kahle, Stötzel (CDU), Becker (MBL), Bürgermeister Dr. Kahle, Sawalies (FDP) und Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Debatte hat von 18:10 Uhr bis 18:34 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Therre-Staal den Vorsitz übernommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Vorentwurf für das Erwin-Piscator-Haus mit einem Kostenvolumen von 22,86 Mio. € netto (27,132 Mio. € brutto) wird genehmigt.

zu 11 Dringlichkeitsanträge

zu 11.1 Dringlicher Antrag SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Wegfall von Landeszuschüssen für das Projekt "STOP" Vorlage: VO/1289/2012

Eine Aussprache wird zu diesem dringlichen Antrag nicht gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Jugendkonflikthilfe Marburg e. V. führt seit mehreren Jahren erfolgreich das Projekt "STOP" (Soziales Training - Opferschutz und Prävention) durch. Nun soll die Förderung des Landes, die aus Lotto-Mitteln erfolgt, rückwirkend für das Jahr 2011 eingestellt werden. Das Projekt ist damit in seiner Existenz gefährdet.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb den Magistrat auf, umgehend bei der Landesregierung vorstellig zu werden mit dem Ziel, die Streichung der Landesmittel zurückzunehmen.

zu 12 Anträge der Fraktionen

zu 12.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Beitritt Kampagne Vermögensteuer jetzt! Vorlage: VO/1044/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke), Pfalz (CDU), Sollwedel (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen von CDU, FDP, MBL und BfM und bei Enthaltung der Piraten Partei folgenden Beschluss:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich eindringlich für die Einführung einer Vermögensteuer aus und tritt öffentlichkeitswirksam dem Bündnis "Vermögensteuer jetzt" (http://www.vermoegensteuerjetzt.de) bei.
- 2. Der Magistrat wird aufgefordert sich entsprechend gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögensteuer einzusetzen.

zu 12.2 Antrag der MBL-Fraktion betrifft: Gesamtkonzept Schloss Vorlage: VO/1054/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter

Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Hussein (SPD), Köster (Marburger Linke) und Oberbürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL, BfM und Piraten Partei sowie Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 12.3 Antrag der MBL-Fraktion betr. Stellungnahme des Oberbürgermeisters der Universitätsstadt Marburg zu Presseberichten über Spenden an die Marburger SPD und einen möglichen Zusammenhang mit dem Wahlkampf der Partei und des Oberbürgermeisters

Vorlage: VO/1124/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Stompfe (CDU) und Schalauske (Marburger Linke).

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt einen Überblick über die Rednerliste und erklärt noch als Redner den Stadtverordneten Rink und den Stadtverordneten Köster verzeichnet zu haben. Die Rednerliste wird insofern geschlossen, weil danach die 21-Uhr-Grenze für die Aussprachen erreicht ist.

Weiter im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Rink (SPD) und Köster (Marburger Linke). Anschließend erklärt der Stadtverordnete Becker (MBL) ebenfalls noch sprechen zu dürfen.

Der Stadtverordnete Stompfe (CDU) stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Stadtverordneten Becker (MBL) noch reden zu lassen. Dagegen spricht der Stadtverordnete Rink (SPD).

Der Stadtverordnete Becker (MBL) beantragt sodann, den Antrag der MBL-Fraktion TOP 12.3 zu vertagen, um im Juni die Aussprache beenden zu können.

Der Stadtverordnete Stompfe (CDU) stellt den Geschäftsordnungsantrag, die heutige Debatte weiterzuführen bis die Rednerliste erschöpft ist. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt darüber abstimmen.

Der Beschluss wird mit der Mehrheit des Hauses gefasst.

Zum weiteren Verfahren spricht der Stadtverordnete Becker (MBL). Er verzichtet auf seinen Wortbeitrag.

Weiter in der Debatte sprechen die Stadtverordneten Rink (SPD), Stompfe (CDU) und Dr. Uchtmann (MBL).

Es folgt die Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL, BfM und Piraten Partei sowie Marburger Linke und Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 5 Haushalt 2013

hier: Zuschüsse an SV Bauerbach und FSV Schröck

Vorlage: VO/1214/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt hiermit ihre Absicht, für den SV Bauerbach und für den FSV Schröck einen Zuschuss von jeweils bis zu 300.000 € in den Haushalt 2013 einzustellen.

Beide Zuschüsse dienen der Mitfinanzierung des Umbaues der derzeitigen Rasenplätze in Kunstrasenplätze; die Vereine wollen diesen Umbau in eigener Regie und auf eigene Rechnung vornehmen.

Eventuelle grundstücksrechtliche Fragestellungen sind zwischen der Stadt und den Vereinen ggf. noch zu klären.

Diese Absichtserklärung steht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des Haushaltsbeschlusses 2013.

zu 6 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Marburg GmbH Vorlage: VO/1240/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22. Mai hat eine **neugefasste Vorlage** ausgelegen, die Grundlage der Beratung war. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Eine im Ausschuss offen gebliebene Frage nach der Anzahl der stellvertretenden Vorsitzenden sollte bis zur Stadtverordnetenversammlung geklärt werden. Hierzu liegt allen Stadtverordneten eine **geänderte Seite 2** der Beschlussvorlage vor,

nach der **2 stellvertretende Vorsitzende** zu wählen sind. Sie ist gegen Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt folgender Neufassung des § 9 des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Marburg GmbH zu:

§ 9 Zusammensetzung und innere Ordnung des Aufsichtsrates

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Für diesen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat (DrittelbG), die Vorschriften des GmbHG sowie die Inhalte dieses Gesellschaftsvertrages. Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

I. Zusammensetzung, Wahl und Amtsdauer des Aufsichtsrates

- Der Aufsichtsrat besteht aus 14 Mitgliedern. Zusätzlich gehört der/die Oberbürgermeister/in der Stadt Marburg oder eine von ihm/ihr zu bestimmende Person dem Aufsichtsrat kraft Amtes an. Die vom Oberbürgermeister/in zu besetzende Position wird den durch den Magistrat zu bestimmenden Aufsichtsratsmitgliedern zugerechnet. Dem Aufsichtsrat gehören somit an:
 - a) fünf von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg zu entsendende Personen
 - b) vier vom Magistrat der Stadt Marburg zu entsendende Personen sowie der/die Oberbürgermeister/in der Stadt Marburg oder eine von ihm/ihr bestimmte Person
 - c) fünf von den Arbeitnehmern der Gesellschaft nach den Bestimmungen des DrittelbG zu bestellende Personen.
- 2. Die Amtsdauer der Mitglieder des Aufsichtsrates endet in der Regel mit dem Schluss der Gesellschafterversammlung, welche über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt, wobei das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet wird. Für die erste Amtszeit des obligatorischen Aufsichtsrates gilt abweichend eine Amtszeit bis zum Ende der Wahlperiode der am 27.3.2011 gewählten kommunalen Mandatsträger/innen.
- 3. Jedes Aufsichtsratsmitglied kann sein Amt jederzeit niederlegen. Aufsichtsratsmitglieder, die nach Ziffer I 1 a oder b bestellt sind, können vor Ablauf ihrer Amtszeit ohne Angabe von Gründen durch Beschluss des entsendenden Organs abberufen werden.
- 4. Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus dem Amt aus, hat unverzüglich eine Ersatzwahl durch das jeweils zuständige Gremium stattzufinden. Ersatzwahlen erfolgen für den Rest der Amtsdauer des ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds.

II. Innere Ordnung des Aufsichtsrats

- 1. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer seiner Amtszeit eine/n Vorsitzende/n und **zwei** stellvertretende Vorsitzende. Vorsitzende/r soll in der Regel der/die Oberbürgermeister/in der Stadt Marburg oder die von ihm/ihr bestimmte Person sein.
- 2. Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bilden und deren Aufgaben und Befugnisse in der Geschäftsordnung regeln.
- Aufsichtsratssitzungen sind abzuhalten, wenn es die Belange der Gesellschaft erfordern oder ein Aufsichtsratsmitglied oder ein Geschäftsführer dies verlangt. Der Aufsichtsrat soll in der Regel einmal im Kalendervierteljahr, er muss einmal im Kalenderhalbjahr einberufen werden.

- 4. Die Einberufung der Aufsichtsratssitzungen erfolgt durch die/den Vorsitzende/n unter Angabe der Tagesordnung.
- 5. Über Sitzungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats ist eine Niederschrift anzufertigen, die der/die Vorsitzende zu unterzeichnen hat. In der Niederschrift sind Ort und Tag der Sitzung, die Teilnehmer/innen, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse des Aufsichtsrats aufzuführen.
- 6. Der Aufsichtsrat entscheidet durch Beschluss. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- 7. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden grundsätzlich in Sitzungen gefasst. Beschlussfassungen ohne Präsenzsitzung sind möglich, Näheres ist in der Geschäftsordnung zu regeln.
- 8. Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen teil.
- 9. Willenserklärungen des Aufsichtsrats werden durch seine/n Vorsitzende/n abgegeben.

zu 7 Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Stadtwerke Marburg GmbH für den Prozess der Stromnetzübernahmen Vorlage: VO/1256/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- Die Universitätsstadt Marburg übernimmt gemäß § 104 i.V.m. § 51 Ziffer 15 HGO eine Ausfallbürgschaft für die Stadtwerke Marburg GmbH bis zur Höhe von 10.000.000 EUR zur Sicherung eines oder mehrerer Kreditmarktdarlehen zur anteiligen Finanzierung der Stromnetzübernahmen in elf Städten und Gemeinden des Landkreises Marburg-Biedenkopf.
- 2. Für den verbürgten Betrag wird ausnahmsweise auf die Erhebung einer Bürgschaftsprovision verzichtet.
- 3. Die Bürgschaft bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

zu 8 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg Flächennutzungsplanänderung (FNP) 3/5 und vorhabenbezogener Bebauungsplan 3/8 Elisabethenhof Marburg

- Prüfung der abgegebenen Stellungnahmen im Rahmen der

Offenlage zur FNP-Änderung 3/5

- Beschluss der FNP-Änderung 3/5
- Prüfung der abgegebenen Stellungnahmen im Rahmen der Offenlage zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 3/8
- Satzungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 3/8
- Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplane

Vorlage: VO/1151/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei zwei Enthaltungen der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2
Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und
sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
abgegebenen Stellungnahmen zur Flächennutzungsplanänderung 3/5
"Elisabethenhof Marburg" wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:

Die unter Nummer F1 abgegebene Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.

- 2. Die Flächennutzungsplanänderung 3/5 "Elisabethenhof Marburg" mit Begründung wird beschlossen.
- 3. Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 3/8 "Elisabethenhof Marburg" wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:

Die unter Nummer B1 abgegebene Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.

- 4. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan 3/8 " Elisabethenhof Marburg" mit Begründung wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Bestandteil des Bebauungsplanes ist der Vorhaben- und Erschließungsplan (§ 12 Abs. 3 BauGB).
- 5. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes 3/8 "
 Elisabethenhof Marburg" werden als Gestaltungssatzung gemäß § 81
 Hessischer Bauordnung (HBO) beschlossen.

zu 9 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 14/13 Wiesentalweg im Stadtteil Schröck

Vorlage: VO/1199/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB abgegebenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 14/13 wurden mit folgendem Ergebnis geprüft:
 - a) Die unter der Nummer 1 aufgeführte Stellungnahme wird berücksichtigt,
 - b) die unter den Nummern 2-5 aufgeführten Stellungnahmen werden nicht berücksichtigt.
- 2. Der Bebauungsplan Nr. 14/13 "Wiesentalweg"" mit Begründung wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
- 3. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 14/13 "Wiesentalweg" werden als Gestaltungssatzung gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) beschlossen.

zu 12.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Elektronischer Sitzungsdienst Vorlage: VO/1178/2012

Der Antrag ist vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat überwiesen worden. Nach der Beratung des Ältestenrates hat die CDU-Fraktion den Antrag zurückgestellt bis zur Juni-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 12.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Stadtradeln Vorlage: VO/1194/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg beteiligt sich am diesjährigen Projekt "STADTRADELN" des Klimabündnisses. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, zur Unterstützung des Projektes die notwendigen personellen und materiellen Ressourcen bereitzustellen.

zu 12.6 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Öffnungszeiten Servicehof

Vorlage: VO/1197/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, den DBM mit der Prüfung zu beauftragen, wie die Öffnungszeiten des Servicehofs "Am Krekel" so optimiert werden können, dass auch berufstätige Menschen die Möglichkeit haben, nach Feierabend und/oder samstags ihren Abfall sachgerecht entsorgen zu können.

Dazu sollen verschiedene Modelle entwickelt und unter Darstellung der jeweils anfallenden Mehrkosten vorgestellt werden.

zu 12.7 Antrag CDU-Fraktion betr. Parken altes Brauereigelände Vorlage: VO/1229/2012

Die Vorlage wird vertagt bis zur Juni-Sitzung.

zu 12.8 Antrag CDU Fraktion betr. Lärmkontrollen in der Oberstadt Vorlage: VO/1230/2012

Die Vorlage wird vertagt bis zur Juni-Sitzung.

zu 12.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Prioritätenliste Kunstrasenplätze Vorlage: VO/1232/2012

Die Vorlage wird vertagt bis zur Juni-Sitzung.

zu 12.10 Antrag der MBL-Fraktion betr. Solarbäume am Messegelände Vorlage: VO/1236/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert eine Bilanz für die vor einigen Jahren auf dem Afföllergelände errichteten Solarbäume vorzulegen und auf dieser Grundlage eine Kosten-Nutzen-Erwartung unter Berücksichtigung der Kreditfinanzierung für die neu errichteten Solarbäume Messegelände vorzulegen.

zu 12.11 Antrag der MBL Fraktion betrifft: Bürgerversammlung für die Stadteile Bauerbach, Ginseldorf, Schröck und Moischt sowie alle interessierten BürgerInnen Marburgs mit dem Thema Windenergie auf den Lahnbergen

Vorlage: VO/1237/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss ausführlich beraten worden. Die Vorlage hat folgende geänderte Fassung erhalten:

"Der Stadtverordnetenvorsteher wird aufgefordert, zu einer Bürgerversammlung zum Thema Windenergie noch in diesem Jahr einzuladen."

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Stadtverordnetenvorsteher wird aufgefordert, zu einer Bürgerversammlung zum Thema Windenergie noch in diesem Jahr einzuladen.

zu 13 Kenntnisnahmen

zu 13.1 Machbarkeitsstudie Neue Kasseler Straße Vorlage: VO/1181/2012

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Machbarkeitsstudie Neue Kasseler Straße zur Kenntnis.

zu 13.2 Bericht über die Arbeit des Markt- und Aktionskreises Marburg - MAK Vorlage: VO/1116/2012

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht über die Arbeit des Markt- und Aktionskreises - MAK sowie zu Folgerungen aus der Einzelhandelsstudie zur Kenntnis.

zu 13.3 Bericht über die Aktivitäten der Stadt angesichts steigender Studierendenzahlen Vorlage: VO/1117/2012

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt bis zur Juni-Sitzung.

zu 13.4 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 31.03.2012 Vorlage: VO/1226/2012

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um **21:19 Uhr.**

Löwer

Stadtverordnetenvorsteher

Rink

Vorsitzender der SPD-Fraktion

Stompfe Vorsitzender der CDU-Fraktion **Wagner** Protokoll und Geschäftsstelle

Anlagen

- Dringliche Anträge
- Schriftliche Beantwortungen von Kleinen Anfragen



Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/1286/2012 öffentlich 24.05.2012 25.06.2012	ТОР	
Stadtverordnetenversammlung Marburg				
Beratende Gremien:	Stadtverordnetenversammlung Marburg Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg			

Antrag der CDU-Fraktion betr. Marktfrühschoppen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Stadtverordnetenversammlung kritisiert die Entscheidung Oberbürgermeisters, die Sondernutzungserlaubnis für den Marktplatz zur Durchführung des diesjährigen Marktfrühschoppens nicht zu erteilen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass der Marktfrühschoppen eine lange und wichtige Tradition in Marburg hat.

Die Stadtverordnetenversammlung toleriert weder links- noch rechtsradikale Einflussnahmen in Bezug auf die Ausrichtung des Marktfrühschoppens.

Der Magistrat wird aufgefordert, sich gemeinsam mit den Stadtteilgemeinden und dem Marktfrühschoppenverein dafür einzusetzen, Marktfrühschoppen im Jahre 2013 wie gewohnt stattfindet.

Bearünduna:

Der Marburger Marktfrühschoppen ist seit vielen Jahrzehnten ein friedliches Volksfest von Bürgern und Studenten gegen Ende des Sommersemesters. Es ist weit über die Grenzen Marburgs hinaus als kürzestes Volksfest Deutschlands bekannt. Nachdem einige Jahre linke Gruppierungen das alljährlich von dem Marktfrühschoppenverein bzw. den Stadtteilgemeinden organisierte Fest für unverständliche Störungen und Proteste missbraucht haben, war in den letzten Jahren wieder ein ausgelassenes und störungsfreies Feiern möglich. Marktfrühschoppenverein, Stadtteilgemeinden, Marburger Bürger und Studenten haben erfolgreich gezeigt, dass sie nicht bereit sind, das Fest nur aufgrund willkürlicher Störungen aufzugeben.

Nachdem in diesem Jahr wieder ruchbar wurde, dass erneut Gruppierungen das Fest für ihre politischen Zwecke missbrauchen und deshalb stören wollen, hat der Magistrat den Veranstaltern empfohlen, das Fest abzusagen.

Ausdruck vom: 02.07.2012



Antrag der Fraktionen
MBL, CDU, FDP, ML,
Piraten, BfM

Vorlagen - Nr.: VO/1288/2012
Status: öffentlich
Datum: 25.05.2012
Eingang: 25.05.2012

Stadtverordnetenversammlung Marburg

Beratende Gremien:
Stadtverordnetenversammlung Marburg
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften

Antrag der Fraktionen MBL, CDU, FDP, Marburger Linke, Piraten und BFM betr. Rüge und Abberufung des Vorsitzenden des Bauund Planungsausschusses

Stadtverordnetenversammlung Marburg

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Stadtverordnetenvorsteher wird aufgefordert, den SPD Stadtverordneten und Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses Uwe Meyer wegen seiner in der OP zitierten Äußerungen sowohl gegenüber dem Schulsportkoordinator als auch der Opposition zu rügen und außerdem auf den Bau- und Planungsausschuss einzuwirken, dass eine neue Vorsitzende / neuer Vorsitzender gewählt wird.

Begründung

Die Äußerungen des Stadtverordneten und Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschuss Uwe Meyer legen eine Haltung sowohl gegenüber einem städtischen Amtsträger als auch gegenüber der parlamentarischen Opposition an den Tag, die erstens eine sehr deutliche Rüge erfordern und zweitens Herrn Meyer in der exponierten Stellung eines Ausschussvorsitzenden disqualifizieren.

Der seit langem bestehende Unmut vieler Ausschussmitglieder über die Amtsführung des Vorsitzenden (fehlende Neutralität, abwertende Äußerungen über einzelne Mitglieder, fehlende Differenzierung zwischen Vorsitz und Mitgliedschaft im Ausschuss) machen es dringend erforderlich einen Wechsel im Vorsitz der Bau- und Planungsausschusses herbeizuführen. Bestärkt wird die Unzufriedenheit durch die in der OP zitierten Äußerungen von Herrn Uwe Meyer, die keinen Zweifel an seiner Einstellung gegenüber den Ausschussmitgliedern der Opposition lassen. Das kann keine Basis für eine zukünftige konstruktive Zusammenarbeit sein. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Dr. Hermann Uchtmann Philipp Stompfe Henning Köster Wilfried Wüst Sascha Klee Andrea Suntheim-Pichler

Ausdruck vom: 02.07.2012

Seite: 1/1



Antrag der Fraktionen
SPD und Bündnis 90 /
Die Grünen

Vorlagen - Nr.: VO/1289/2012 TOP
Status: öffentlich
Datum: 25.05.2012
Eingang: 25.05.2012

Stadtverordnetenversammlung Marburg

Beratende Gremien: Stadtverordnetenversammlung Marburg

Dringlicher Antrag SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Wegfall von Landeszuschüssen für das Projekt "STOP"

Die Jugendkonflikthilfe Marburg e. V. führt seit mehreren Jahren erfolgreich das Projekt "STOP" (Soziales Training - Opferschutz und Prävention) durch. Nun soll die Förderung des Landes, die aus Lotto-Mitteln erfolgt, rückwirkend für das Jahr 2011 eingestellt werden. Das Projekt ist damit in seiner Existenz gefährdet.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb den Magistrat auf, umgehend bei der Landesregierung vorstellig zu werden mit dem Ziel, die Streichung der Landesmittel zurückzunehmen.

Begründung:

Das Projekt STOP arbeitet im Bereich der Prävention häuslicher Gewalt. Es geht den Weg des 2. Aktionsplans gegen häusliche Gewalt der hessischen Landesregierung. Das Projekt wurde noch vor wenigen Wochen mit dem 3. Platz des Hessischen Präventionspreises ausgezeichnet.

Nun streicht das verantwortliche Justizministerium die Landesförderung in Höhe von 11.625 Euro, das sind knapp 45 % der Gesamtkosten. Juko e. V. hat angekündigt, auf Grund dieser Kürzungen das Projekt nicht fortführen zu können und bereits Planungen für das zweite Halbjahr gestoppt.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Fortführung des ausgezeichneten Projekts, dessen Erfolge belegt sind, damit unmöglich gemacht werden soll. Ebenso ist nicht hinnehmbar, dass in der laufenden Förderperiode Mittel gestrichen werden. Es kann nicht sein, dass sich das Land Hessen aus seiner Verantwortung stiehlt.

Steffen Rink Dietmar Göttling

Ausdruck vom: 02.07.2012

Sette: 1/1

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Dominic Dehmel Blumengarten 9

35041 MARBURG

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 15

Wie viele Besucher waren 2011 im AquaMar? Wie sieht die Preisliste im Vergleich mit anderen Bädern aus? Gibt es auch Ermäßigungen für "Ehrenamtscard-Inhaber"?

Sehr geehrter Herr Dehmel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Besucher im AquaMar

Unser Bad AquaMar hatte im Jahr 2011 folgende Besucherzahlen:

Bereich	Gesamt Besucherzahlen
Halle	232.796
Freibad	27.200
Sauna	25.692
Schulen	22.830
Vereine	20.242
Uni	1.809
Gesamt:	330.569

Ehrenamtscard-Inhaber

Inhaber einer **Ehrenamtscard** zahlen den Jugendlichen/Studententarif 2 Stunden für 3,00 €. Im Jahr 2011 wurde die Ehrenamtscard in unserem Bad AquaMar 283 mal genutzt

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Marco Nezi Gutenbergstr. 27

35037 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 16

Gibt es Prognosen zur Entwicklung der Einwohnerzahlen (Erstwohnsitz) für die Stadt Marburg in den nächsten Jahren?

Sehr geehrter Herr Nezi,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Universitätsstadt Marburg hat sich schon sehr früh mit den Fragestellungen von Bevölkerungsprognosen und den Auswirkungen des demographischen Wandels befasst und auf der Basis zweier umfassender Ausarbeitungen ("Marburg 2020 – Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsbedarf" veröffentlicht als Nr. 39/2003 in der Schriftenreihe zur Marburger Stadtentwicklung und "Marburg 2020 – Demographischer Wandel" veröffentlicht als Nr. 41/2004 in der gleichen Schriftenreihe) als eine der ersten Städte in Deutschland überhaupt am 15. Oktober 2004 in der Stadtverordnetenversammlung einen Grundsatzbeschluss zur künftigen demographischen Entwicklung gefasst. Analysen und Prognosen sind auch als pdf-Dokumente auf der Homepage der Stadt verfügbar (Uni & Wirtschaft > Stadt und Region > Demographischer Wandel).

Das zuständige Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung evaluiert die erarbeiteten Werte in regelmäßigen Abständen. Die tatsächlichen Zahlen entwickeln sich weiterhin in dem prognostizierten Korridor, so dass gegenwärtig eine Fortschreibung der methodisch und finanziell sehr aufwendigen Prognose nicht erforderlich ist.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete Erika Lotz-Halilovic Friedrich-Ebert-Str. 100

35039 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 17

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, welche Kosten bei einer Umbenennung bzw. Ergänzungsbenennung einer Bushaltestelle entstehen? Hier: Bushaltestelle Chemnitzer Straße am oberen Richtsberg zur Christa-Czempiel-Platz -Haltestelle

Sehr geehrte Frau Lotz-Halilovic,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Bei der Umbenennung einer Haltestelle ist es erforderlich, die Haltestellenschilder beider Fahrtrichtungen auszuwechseln, die Haltestellenmasten zu tauschen und die Haltestellenbezeichnung an der Wartehalle auszuwechseln. Zusätzlich sind die Datenbestände für die Fahrzeuge und für die Fahrplanauskunft zu bearbeiten und die Aushangfahrpläne zu wechseln. Die Kosten für die Umbenennung der Haltestelle Chemnitzer Straße in Christa-Czempiel – Platz belaufen sich auf ca. 550,-- € zzgl. der gültigen Mehrwertsteuer.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Marco Nezi Gutenbergstr. 27

35037 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 18

Welche Fortschritte konnte der Magistrat bei der Planung und Umsetzung der Verkehrsberuhigung im Bereich des Schulzentrums Leopold-Lucas-Straße bislang erzielen?

Sehr geehrter Herr Nezi,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Für die verkehrsplanerische Untersuchung der Leopold-Lucas-Straße haben wir einen Förderantrag im Rahmen des Klimaschutzprogramms gestellt. Inhaltlich werden wir frühestens im September 2012 in eine Untersuchung mit Befragung etc. einsteigen können.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Henning Köster-Sollwedel Wilhelm Roser Str. 18

35037 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 19

Einige wenige der mit Druckknöpfen versehenen FußgängerInnenampeln in Marburg reagieren (schnell) auf eine Betätigung (z. B. die zu Beginn des Marbacher Wegs). Wieviele dieser Druckknöpfe aber scheinen nur der Beruhigung der Fußgänger zu dienen, da sie völlig ohne Einfluss auf die Ampelschaltung sind (bitte genaue Angabe in absoluter Zahl und %).

Sehr geehrter Herr Köster-Sollwedel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

In der Universitätsstadt Marburg gibt es derzeit insgesamt 69 Lichtsignalanlagen (LSA), die den öffentlichen Verkehr regeln und sich in der Baulast der Stadt Marburg befinden. Lediglich eine dieser Anlagen, Afföllerstraße/Am Kaufmarkt (B3 Unterführung), regelt keinen Fußgängerverkehr. An keiner der Anlagen, die den Fußgängerverkehr regeln, sind Taster angebracht, die der Beruhigung der Fußgänger dienen sollen. Vielmehr erfüllen die an den Masten angebrachten Gehäuse, je nach Steuerungskonzept der LSA, verschiedene Aufgaben.

Bei LSA, die nicht mit anderen Anlagen koordiniert sind (z. B. Marbacher Weg/Wilhelm-Roser-Straße), kann die Fußgängeranforderungen sehr schnell umgesetzt werden, da die Auswirkungen auf den übrigen Verkehr zu vernachlässigen sind.

Bei LSA, die in unmittelbarer Nähe zu anderen Anlagen stehen (z. B. Erlenring/Mensa), ist es steuerungstechnisch sinnvoll, die Fußgängerfreigabe mit verträglichen Verkehrsströmen zu koordinieren. Hier kann es, je nach Zeitpunkt der Anforderung im Umlauf, zu kurzen Wartezeiten kommen.

Weiterhin gibt es LSA, bei denen zwar ein blaues Tastergehäuse am Mast montiert ist, jedoch keine bewegliche Anforderungsplatte (z. B. Biegenstr/Pilgrimstein). Diese Gehäuse beinhalten, wie auch die Anforderungstaster, Vibrationsplatten mit Pfeilrelief für die Blindensignalisierung.

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete Halise Adsan Alter Kirchhainer Weg 6

35039 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 20

Wie ist die Stellenausstattung (Anzahl der Stellen) des Rechtsamts der Universitätsstadt Marburg im Verhältnis zu anderen Städten, insbesondere zu vergleichbaren Sonderstatusstädten?

Sehr geehrte Frau Adsan,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Bereits im Rahmen der Prüfung des Antrags des FD 30 Rechtsservice zum Stellenplan 2012 auf Einrichtung einer zusätzlichen 0,5 Sachbearbeitungsstelle aufgrund gestiegener Fallzahlen sowie gestiegener Anforderungen an die Versicherungssachbearbeitung wurden entsprechende Stellenausstattungsdaten anderer hessischer Sonderstatusstädte zum Vergleich herangezogen.

Die Prüfung ergab, dass ein direkter Vergleich aller hessischer Sonderstatusstädte und Übertragung der Werte auf unsere Verhältnisse danach allerdings nicht möglich ist, da auch die unterschiedlichen Organisationsformen und abweichende Aufgabenzuschnitte anderer Rechtsämter dabei zu berücksichtigen ist.

Die Stadt Marburg hat den Rechtsservice im Fachbereich 1 Zentrale Dienste als eigenen Fachdienst installiert.

Die Fachdienstleitung mit der formalen Anforderung Volljuristin/Volljuristen ist nach A 13 höherer Dienst ausgewiesen; daneben besteht eine Sachbearbeiterstelle nach A 13 gehobener Dienst. Zum Stellenplan 2012 wurde eine weitere 0,5 Sachbearbeiterstelle im gehobenen Dienst nach E 09 TVöD eingerichtet, die schwerpunktmäßig für Versicherungsangelegenheiten zuständig sein soll. Daneben bestehen 2 Teilzeitsachbearbeiterstellen im Umfang von 0,5 bzw. 0,628 (24,5 Stunden), die nach E 08 TVöD ausgewiesen sind, sowie eine Sekretariatsstelle nach E 05 TVöD im Umfang von 14,5 Wochenstunden (0,372).

Vergleichbar hinsichtlich des organisatorischen Aufbaus als reines Rechtsamt sind danach lediglich die Sonderstatusstädte Gießen und Rüsselsheim.

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Stephan Muth Ewiges Tal 20

35041 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 21

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Herr Backes erwähnte in seiner Rede zum Tagesordnungspunkt 9.1 "Situation der Sportstätten" am 27.04.2012, 19:07 Uhr, dass "in Michelbach die Verhandlungen weit fortgeschritten" wären. Welche Verhandlungen sind bezüglich der Sportanlagen in Michelbach mit der Universitätsstadt Marburg und anderen Beteiligten, mit welchem Inhalt geführt worden?

Sehr geehrter Herr Muth,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Gespräche zur weiteren Entwicklung der Sportanlagen in Michelbach wurden mit dem Ortsvorsteher und Mitgliedern des TSV Michelbach sowie weiteren Beteiligten geführt.

Inhalt war der Bau eines Kunstrasenplatzes, der Umgang mit den vorhandenen zwei Sportgeländen und Hallenneubau.

Dabei erfolgte Absprache, innerhalb der nächsten 10 Jahre die Sportanlage Am Lorch in die Sportanlage Am Wall zu integrieren. Erster Baustein soll dabei der Bau eines Kunstrasenplatzes sein. Das bisherige Sportgelände Am Lorch soll für Wohnungsbau vermarktet werden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete Anni Röhrkohl Am Schlag 5 a

35037 MARBURG

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 22

Wann beginnen die Umbauarbeiten am Firmaneiplatz und wo werden ab dann die Marktstände zum Verkaufen stehen?

Sehr geehrte Frau Röhrkohl,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der Baubeginn für die Umbauarbeiten des Firmaneiplatzes ist für das Jahr 2014 geplant. Ein genauer Zeitpunkt kann noch nicht festgelegt werden, weil er im Zusammenhang mit den Planungen des Campus Firmanei gesehen werden muss.

Der Firmaneiplatz wird nach dem Umbau weiterhin für eine Marktnutzung zur Verfügung stehen. Die Angaben zu den Standorten der Marktstände werden im Rahmen der Ausführungsplanung gemacht.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Ulrich Severin Ginseldorfer Weg 14 a

35039 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 23

Welche Windmessungen werden an welchen Standorten derzeit durchgeführt bzw. sind für 2012 geplant?

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

 Windmessungen sind bislang von der Stadt nicht durchgeführt und auch nicht vorgesehen. Aufgrund der hohen Kosten sollten diese ggf. von einem an der Errichtung von Anlagen interessierten Unternehmen oder vom Grundstückseigentümer durchgeführt werden.

Windgeschwindigkeitsberechnungen hat das RP Gießen in 2011 für das Stadtgebiet durchführen lassen und im Internet veröffentlich. Die Stadt hat daneben Windberechnungen für den Standort Görzhäuser Hof durchgeführt.

 Die Stadtwerke Marburg beabsichtigen ab September 2012 an verschiedenen Standorten Windmessungen durchzuführen, um so eine Grundlage für Investitionsentscheidungen zu schaffen.

Ob weitere Unternehmen oder Grundstückseigentümer Windmessungen beauftragt haben oder beauftragen wollen, ist dem Magistrat nicht bekannt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Dr. Host Wiegand Gunzelinweg 32

35043 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 24

Für die nächste Zeit ist der Bau von Windenergieanlagen im Stadtgebiet vorgesehen. Dabei ist eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger äußerst wichtig. Wie ist diese Beteiligung geplant und wie und wann soll sie durchgeführt werden.

Sehr geehrter Herr Dr. Wiegand,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Eine formale Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Windenergieanlagen im Stadtgebiet wird durch das Regierungspräsidium Gießen im Verfahren zur Aufstellung des Teil-Regionalplans Energie erfolgen. Das Regierungspräsidium Gießen ist Träger dieses Verfahrens. Unabhängig davon hat es im Vorfeld bereits unterschiedliche Informationsveranstaltungen dazu gegeben.

So hat der Bürgermeister u. a. auf Einladungen des Ortsbeirates Michelbach, der Ortenberggemeinde und des Heimat- und Geschichtsvereins Moischt auf öffentlichen Veranstaltungen zu den Planungen informiert. Ferner wurde die Visualisierung auf den Lahnbergen im Rahmen einer gut besuchten Veranstaltung im Jahr 2010 vorgestellt. Weiterhin wurde für alle Interessierten eine Busfahrt zum Bürgerwindpark Hilchenbach angeboten.

Im Sommer soll es eine weitere Veranstaltung zu aktuellen Entwicklungen geben. So wird der Vorschlag von SPD und Grünen im Planungsverband Rhein-Main zu diskutieren sein, im Sinne der Energiewende den Mindestabstand von WKA zu Wohngebieten auf 750 Metern zu senken. Dieser Abstand hat sich offenbar in Rheinland-Pfalz bewährt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Dr. Host Wiegand Gunzelinweg 32

35043 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 25

Welche Investoren stehen für die geplanten Windenergieanlagen zur Verfügung und in welcher Reihenfolge sollen sie vier vom Magistrat besonders positiv beurteilten Standorte realisiert werden?

Sehr geehrter Herr Dr. Wiegand,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die vier besagten möglichen Flächen für Windenergienutzung, die sich aus der Windpotentialkarte des RP Gießen ergeben (2 x Lahnberge, Dilschhausen, Görzhäuser Hof), sollen für den Teil-Regionalplan Energie dem Regierungspräsidenten Gießen vorgeschlagen werden. Eine Priorisierung sieht der Magistrat nicht. Neben den Stadtwerken Marburg sind bisher keine weiteren Unternehmen, die als Investor auftreten könnten, bekannt. Die Stadt Marburg besitzt selbst keine Flächen, die für WKA geeignet sind.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Thorsten Büchner Am Kupfergraben 2

35037 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 26

Das Bundesministerium veröffentliche Mitte Mai die Zahlen von in Deutschland verübten, politisch motivierten Straftaten. Hat der Magistrat Kenntnis über Zahlen aus Marburg? Welche Arten von Straftaten wurden verübt?

Sehr geehrter Herr Büchner,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Das Polizeipräsidium Mittelhessen – Polizeidirektion Marburg – gab mir hierzu folgende Informationen:

Im Jahre 2011 sind im Bereich der Kernstadt Marburg 59 politisch motivierte Straftaten bekannt geworden.

Im Bereich rechtsmotivierter Taten handelte es sich um insgesamt 11 Delikte. Bei 10 Straftaten handelt es sich um Delikte gem § 86 a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) wie z.B. Schmierereien von "NS-Symbolen" an öffentliche und private Immobilien (überwiegende Anzahl) oder aber das Einritzen von Hakenkreuzen in die Karosserie von Kraftfahrzeugen. Darüber hinaus wurde eine über das Internet versandte Bedrohung mit antisemitischem Inhalt angezeigt.

Im Bereich linksmotivierter Straftaten wurden insgesamt 39 Straftaten registriert. Dabei handelt es sich in 36 Fällen um Sachbeschädigungen in Form von Farbschmierereien an öffentlichen und privaten Gebäuden. Davon wurden in acht Fällen gezielte Sachbeschädigungen zum Nachteil von Verbindungshäusern durch Farbbeutel-Flaschen und Steinwürfe begangen. In drei Fällen ist es darüber hinaus zu Gewaltdelikten gekommen.

Davon handelt es sich in zwei Fällen um Raub-Delikte (Wegnahme von Burschen-Kappen unter Gewaltanwendung) sowie in einem Falle um eine versuchte schwere Brandstiftung an einem Verbindungshaus.

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Thorsten Büchner Am Kupfergraben 2

35037 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 27

Wie viele Personen mit einer Schwerbehinderung sind als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Stadtverwaltung Marburg beschäftigt oder werden dort ausgebildet? Wie hat sich der Anteil an Beschäftigten mit Behinderung in den letzten 5 Jahren entwickelt?

Sehr geehrter Herr Büchner,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zum Auswertungszeitpunkt Dezember 2011 sind 86 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer Schwerbehinderung bei der Stadtverwaltung Marburg beschäftigt. In Ausbildung befinden sich 3 Auszubildende mit einer Schwerbehinderung. Die gesetzliche Pflichtquote von 5 % erfüllen wir mit 11,38 % der besetzten Pflichtarbeitsplätze weit überdurchschnittlich.

Im Dezember 2006 waren es 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer Schwerbehinderung. Somit ist der Anteil an Beschäftigten mit einer Schwerbehinderung bei der Stadtverwaltung Marburg in den letzten 5 Jahren um 26 Menschen gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung um 43 %.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Manfred Jannasch Gutenbergstr. 15

35037 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 28

Wann wird der Stadtverordnetenversammlung die angekündigte Vorlage zur Entscheidung über die Verwendung der Millionen-Spende vorgelegt?

Sehr geehrter Herr Jannasch,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung im Februar 2012 von folgendem Sachverhalt Kenntnis genommen:

Bei der Universitätsstadt Marburg ist Ende Dezember 2011 eine Spende in Höhe von 4 Mio. € von Herrn Prof. Dr. Reinfried Pohl für gemeinnützige Zwecke eingegangen.

Mit der Spende ist entsprechend dem Wunsch des Spenders (siehe Anlage 1) nach den spendenrechtlichen und haushaltsrechtlichen Regeln wie folgt umgegangen worden:

1.000.000 € wurde im Ergebnishaushalt verbucht, davon jeweils 250.000 € in den Produkten 240010 Sonstige schulische Aufgaben, 241010 Kulturelle Förderung, 241020 Kulturelle Veranstaltungen, 515610 Kinder- und Jugendförderung;

2.000.000 € wurden im Finanzhaushalt beim Produkt 240010 Sonstige schulische Aufgaben verbucht;

500.000 € wurden weitergeleitet an die Stiftung St. Jakob;

500.000 € wurden weitergeleitet an die Stiftung Heilige Elisabeth.

Der bei der Stadt Marburg verbliebene Betrag von 3 Mio. € wurde unverzüglich verbucht und stärkt die Liquidität.

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Hermann Heck Weitershäuser Str. 13

35041 MARBURG

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 29

Welche Investitionen, Sanierungen, Modernisierungen, Umbaumaßnahmen oder sonstige bauliche Veränderungen wurden in der Stadthalle Marburg bzw. in dem gesamten Areal des Erwin-Piscator-Hauses in den letzten 20 Jahren getätigt, und wie hoch waren die entsprechenden Aufwendungen?

Sehr geehrter Herr Heck,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Diese Zusammenstellung ist nicht so kurzfristig möglich und wird für die Sitzung am 29.06.2012 vorbereitet.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete Tanja Bauder-Wöhr Amselstr. 11

35043 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 30

Stellt der Magistrat Überlegungen an, für den fließenden Autoverkehr an Ampelanlagen "Grüne Pfeile" für Rechtsabbieger anbringen zu lassen?

Sehr geehrte Frau Bauder-Wöhr,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zu dieser Frage hat es bereits im Jahre 2008 einen Antrag der MBL-Fraktion (VO/0707/2008) gegeben. Eine detaillierte Begründung ist in ALLRIS net in der Beschlussverfolgung hinterlegt.

An der Situation hat sich bis heute nichts geändert. Es ist nicht vorgesehen, in Marburg an Lichtsignalanlagen "Grüne Pfeile" anzubringen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete Tanja Bauder-Wöhr Amselstr. 11

35043 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 31

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, wie viele Kinder in den Kindertageseinrichtungen und Kindergärten lediglich einen 12.00-Uhr-Platz nutzen können?

Sehr geehrte Frau Bauder-Wöhr,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Platzvergabe für die Tageseinrichtungen für Kinder erfolgt seitens des Fachdienstes Kinderbetreuung eng mit den Leitungen der Tageseinrichtungen in freier Trägerschaft und ist für das kommende Kindergartenjahr 2012/2013 abschließend verhandelt worden. Demzufolge kann bestätigt werden, dass durch die kontinuierliche Ausweitung des Platzangebotes auf ganztags der Bedarf abgedeckt werden kann, d. h. alle Eltern, die einen Ganztagsplatz nachfragen, erhalten einen solchen. Kein Elternteil muss als Übergangslösung einen 12.00-Uhr-Platz nutzen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Wieland Stötzel Rollwiesenweg 2 a

35043 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 32

Hält der Kämmerer die bisherige Förderung der Kulturhistorischen Gesellschaft für Cirkus- und Varietékunst e. V. für gerechtfertigt angesichts der Tatsache, dass der Vorsitzende, Prof. Dr. Karl Braun, in der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung auf die Frage, warum er die Einnahmen nicht durch Abruf zugesagter Drittmittel, Mitgliederwerbung oder Spendenaufrufe erhöht habe, antwortete, die Zuwendungen des Magistrats seien ausreichend zur Finanzierung aller Aktivitäten, zusätzliche Mittel würden nicht benötigt.

Sehr geehrter Herr Stötzel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der in der Anfrage zitierte Prof. Dr. Karl Braun hat auf Nachfrage die in der Kleinen Anfrage dargestellte angebliche Antwort entschieden zurückgewiesen und für seine Position auch Zeugen benannt.

Insofern hat der Kämmerer keinen Anlass für Zweifel an der Berechtigung der Förderung, zumal die jährlichen Rechenschaftsberichte über die Aktivitäten des Vereins und die Verwendung der Zuschüsse immer eingegangen sind und auch vom Rechnungsprüfungsamt keine Beanstandung vorliegt.

Zuständige Dezernenten: Oberbürgermeister Vaupel und Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Wieland Stötzel Rollwiesenweg 2 a

35043 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 33

Wie beurteilt der Magistrat das Verhalten der Kulturhistorischen Gesellschaft für Cirkus- und Varietékunst e. V., dessen Vorstand um den von ihm vorgeschlagenen Vorsitzenden Prof. Dr. Karl Braun

- in den mehr als 9 Jahren seit seiner Wahl am 26.4.2003 eine einzige ordentliche Mitgliederversammlung 2007 abgehalten hat,
- den Mitgliedern seit 2003 keinen einzigen Kassenbericht vorgelegt hat, aus der die Quellen der Einnahmen und die Verwendung der Ausgaben erkennbar wurden.
- keine ordnungsgemäße Kassenprüfung durchführte,
- seit 2007 nicht mehr entlastet wurde,
- keine seit über 2 Jahren fällige Vorstandswahl durchführte, und beabsichtigt der Magistrat, in Zukunft darauf hinzuwirken, dass dieser von der Stadt mitgetragene Verein ordnungsgemäß geführt wird?

Sehr geehrter Herr Stötzel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der Magistrat weiß um vereinsinterne Auseinandersetzungen mit einem Mitglied, die wohl auch zu den beiden Kleinen Anfragen der CDU geführt haben. Seitens des Vereinsvorstandes werden die Faktenlage wie in der Kleinen Anfrage Nr. 32 deutlich anders dargestellt und die Vorwürfe auch seitens des Magistratsmitglieds im Vorstand widerlegt.

Die jährlichen Rechenschaftsberichte über die verschiedenen Aktivitäten des Vereins und die Verwendung der städtischen Zuschüsse sind immer eingegangen. Auch vom Rechnungsprüfungsamt wurde nach einer Prüfung keine Beanstandung erhoben. Deshalb sieht der Magistrat keinen Anlass, sich in die vereinsrechtlichen und vereinsinternen Vorgänge einzumischen, zumal noch für den Juli eine nächste Mitgliederversammlung angekündigt wurde.

Zuständige Dezernenten: Oberbürgermeister Vaupel und Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18 Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Sascha Klee Schützenstr. 20

35039 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 34

Wie schlüsselt sich für die Stadt Marburg der Gewinn der Parkraumbewirtschaftung in 2011 nach Gebührenart und Parkraumtyp auf?

Sehr geehrter Herr Klee,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Universitätsstadt Marburg erhält aus der Parkraumbewirtschaftung ca. 800 T€, diese schlüsselt sich auf in ca. 760 T€ für das hoheitliche Parken und ca. 40 T€ als Pacht für das gewerbliche Parken.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Marburg, 31.05.2012 Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18

Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten Sascha Klee Schützenstr. 20

35039 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 25.05.2012

hier: Frage Nr. 35

Wie hoch waren in 2011 die gesamten finanziellen Aufwendungen der Stadt Marburg für den ÖPNV?

Sehr geehrter Herr Klee,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der Universitätsstadt Marburg hatte für den ÖPNV in 2011 die nachfolgenden finanziellen Aufwendungen:

An die Stadtwerke Marburg GmbH

für beschlossene Mehrleistungen im Liniennetz in Höhe von ca. 790 T€
An die Stadtwerke Marburg Consult GmbH
für Fahrgastbeirat und Informationsmedien in Höhe von ca. 68 T€
An den Rhein-Main-Verkehrsverbund
in der Funktion als Gesellschafterin im RMV in Höhe von ca. 480 T€

Weitere Mittel der Universitätsstadt werden mittelbar für den ÖPNV an weiteren Stellen/Fachbereichen aufgewandt (lt. Mitteilung der jeweiligen zuständigen Stellen, Stand Febr. 2012):

- Schülerbeförderung: ca.	700 T€
- Subventionen zum Ferienpass: ca.	2 T€
 Subventionen zum Kauf von Monatskarten für Stadtpassinhaber: ca. 	160 T€
 Jobtickets f ür Mitarbeiter der Universit ätsstadt Marburg: ca. 	115 T€

Trotz Berücksichtigung der Weiterleitung externer Mittel an die Stadtwerke Marburg GmbH (Land/Bund) entsteht dennoch dort noch ein Verlust im fahrenden Verkehr in Höhe von rd. 2,7 Mio. €

Die Gesamtbelastung für den ÖPNV in der Stadt Marburg beläuft sich demnach für 2011 auf rd. 5 Mio €.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen